

Die JOC gegen die neue berufliche Ausbildung

Komplementar-Unterricht: Abstellgleis

Für eine neue Berufspolitik

Unter diesen beiden Titeln läuft nun seit mehr als einem Jahr eine Kampagne der JOC für eine Verbesserung der jetzigen Situation in der Berufsausbildung.

Im folgenden wollen wir den Anlaß, den Verlauf, die Ergebnisse und die Perspektiven dieser Aktion näher beleuchten.

1. WARUM ?

Während die alte Regelung jedem Schüler nach Beenden der obligatorischen Schulzeit die Möglichkeit ließ, herauszufinden ob er sich für eine Lehre eignet oder nicht, werden nun von jedem, der eine Lehre beginnen will, erst mal entsprechende Schulresultate erwartet.

So mancher "schlechte Schüler" entdeckt aber erst im Kontakt mit dem Berufsleben seine Neigung, seine Fähigkeiten und nicht zuletzt seine Motivation. Dieses Ziel kann er aber nicht erreichen, wenn er nicht vorher motiviert genug war, um mindestens eine 9e ST filiäre III zu bestehen.

Statt dem Jugendlichen, der sowieso die "Flemm" mit der Schule hat, und der entgegen allen Beteue-

rungen des Erziehungsministeriums im Komplementar-unterricht nicht gefördert wird, erst einmal durch die Praxis zur Ausbildung zu motivieren, um ihm dann die dazu notwendigen Kenntnisse beizubringen, wird nun zuerst eine theoretische Vorleistung von ihm verlangt, bevor er zur Praxis zugelassen wird. Und wenn auch, wie es lapidar heißt, bis jetzt eigentlich pro Jahr je 500 Lehrkontrakte wegen mangelnder intellektueller Fähigkeiten hätten gekündigt werden müssen, und wenn sich trotzdem nicht um diese Lehrlinge in besonderer Weise bemüht wurde, so gibt das einen Hinweis darauf, welche Ideen hinter der neuen Regelung stehen:

- Es gibt zu wenig Lehrstellen, also muß man sie für die "Besten" reservieren.
- Und die "Besten" sind diejenigen, die in der Schule die meisten Punkte bekommen.

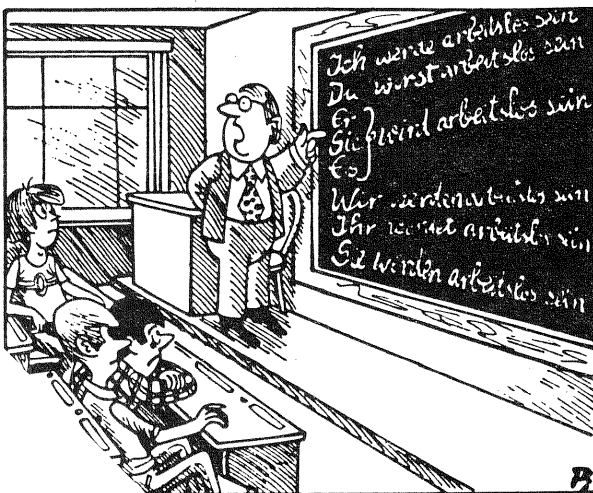
Hinzu kommt, daß den "Minderbegabten" in Zukunft auch der Weg des CCM (Certificat de Capacité Manuelle) versperrt ist, da dieser laut Gesetz nur denjenigen vorbehalten ist, bei denen sich während der Ausbildungszeit herausstellt, daß ihre intellektuellen Fähigkeiten zur Erlangung eines CAP (Certificat d'Aptitude Professionnelle) nicht reichen. Und es stellt sich die Frage inwieweit diese Regelung nicht ein Einstieg in weitere Verschärfungen der Zulassungsbedingungen ist. Alles in allem für uns Gründe genug, eine Verbesserung dieser Bestimmungen zu verlangen.

2. WIE ? WAS ? WANN ?

Am 26. Juni 1982, anläßlich eines Treffens der "Anciens Jocistes" in Düdelingen, fragte uns der ehemalige JOC-Präsident Pierre Putz, ob wir schon davon gehört hätten, daß es in Zukunft den Komplementarschülern verwehrt werden soll, eine Lehre zu absolvieren.

Als wir dann am 3. August wegen der Thematik "Bildungshaus" eine Unterredung mit Minister Boden hatten, sprachen wir ihn auch auf dieses "Gerücht" an. Er bestätigte uns, daß es kein Gerücht sei und versprach alles im Interesse der Schüler und Lehrlinge zu tun. Wir waren fürs erste beruhigt.

Dann wurde heimlich, still und leise das mittlerweile zu trauriger Berühmtheit gelangte "Règlement grand-ducal du 11 août 1982" mitten in der



PF 41/82

Ferienzeit geboren, aber erst Mitte Oktober veröffentlicht.

Am 10. Oktober entschied das Nationalteam der JOC, die Sozialkommission solle die geeigneten Schritte in die Wege leiten, damit diese Regelung zurückgenommen werde.

Die Sozialkommission konnte einige freie Mitarbeiter gewinnen und traf sich regelmäßig mit Vertretern von Centre de Pastorale Ouvrière, ATD-Quart-Monde, ASTI, forum und am Anfang auch der JEC sowie der sozialpolitischen Arbeitsgruppe des Centre chrétien d'éducation des adultes.

Für den 15.11. wurde eine Informationssitzung mit Attaché Paul Lenert aus dem Erziehungsministerium einberufen, die aber nur einen Austausch gegenseitiger Standpunkte brachte. Danach wurde der Entschluß gefaßt, eine Resolution auszuarbeiten, die von möglichst vielen Organisationen unterschrieben werden sollte. Diese Resolution wurde Ende Januar 250-mal verschickt und bis Ende Februar gab es 75 Antworten, in der Regel nicht von linker Seite (entgegen anders lautenden Meldungen). Während es beim LCGB hieß: "Wir haben keine Zeit, uns damit zu befassen, unser Vizepräsident hat ja auch schon unterschrieben", ließ uns der OGBL wissen: "Wir planen eine eigene Aktion !"(?!), und die FEP antwortete nicht einmal: von den Gewerkschaften wurden wir enttäuscht!

Mit den 75 Unterschriften (davon viele Parteifreunde des Ministers, angeführt von ihrem Generalsekretär) sowie unterstützenden Briefen von seiten des Bischofs, des Generalvikars in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der "Commission diocésaine pour la pastorale des migrants", des Kammerpräsidenten, sowie des SNE (früher AIR, Syndicat National des Enseignants) machten wir uns dann voller Hoffnung am 3. März 1983 auf den Weg ins MEN zu einer Unterredung mit Minister Boden, flankiert von seinem Attaché Paul Lenert und dem Commissaire du Gouvernement à la Formation Professionnelle Pierre Wiseler. Diese sollten über 2 Stunden lang hart geführt werden, und brachte dennoch kein greifbares Resultat. Nur diese Zusage des Ministers wollen wir hervorheben: "Ich wäre ja bereit, die Zugangsvoraussetzungen für den CCM zu überdenken, aber ob die Berufskammern da mitspielen ...". Ansonsten blieb er stur bei seiner vorgefaßten Meinung.

Die Revision dieser Unterredung ergibt:

- Wir machen weiter.
- Wir teilen Minister Boden mit, daß wir mit seinen Ausführungen nicht zufrieden sind, und daß wir ihm bis Ende April Zeit lassen, neue Wege zu gehen, ansonsten wir uns gezwungen sehen, andere Mittel (sprich die Presse) einzusetzen.

Hierauf erscheint, wohl als Antwort, am 22. April ein bestellter Artikel im LW, in dem der Erziehungsminister auf seinen Maßnahmen beharrt. Unsere Reaktion geht nun in vier Richtungen:

- Wir werden nun nach langem Stillhalten die Presse einschalten.
- Wir bereiten einen Stellungskrieg um eine langfristige Rücknahme der Zulassungsregelung vor.
- Kurzfristig muß unser Ziel einerseits auf veränderte CCM-Bedingungen und andererseits auf eine Information der Betroffenen gerichtet sein.
- Wir beziehen grundsätzlich die gesamte Berufsbildungspolitik mit ein.

Neben verstärkten Kontakten zu allen Seiten hin zwecks Unterstützung unserer Kampagne (u.a. bringt man uns bei einer Unterredung mit der CSV-Spitze viel Verständnis entgegen), entwerfen wir ein



*Här Minister,
ech sin elo Dr.phil., Dr. rer. oec.,
Dipl. Ing. an lic. jur.,
däerf ech elo mēng
Usträicherleier ufänken?*

Diskussionspapier "Für eine neue Berufspolitik", lassen am 3. und 14.6. zwei Artikel im LW erscheinen und starten dann eine Informationskampagne für die Betroffenen, mittels Plakaten die an alle Priester, an die Inspektoren des Primärschulunterrichts und andere Kontaktpersonen gesandt werden. Ziel: über die beiden fatalen Daten 10. und 14. September 1983 informieren, an denen die neue Regelung in Kraft treten wird.

Soweit der aktuelle Stand der Aktion, die weitergehen wird, weil sie weitergehen muß !

3. UND NUN ?

Als positiv ist zu bemerken, daß eine Reihe von Leuten und Organisationen mitgemacht haben, von denen man es nicht erwarten konnte. Positiv ist auch die Diskussion um die Berufsbildungspolitik, die damit in Gang gebracht werden konnte und wozu demnächst auch ein Rundtischgespräch geplant ist.

Weniger positiv ist dann die Tatsache, daß von ganz bestimmter Seite kaum Interesse gezeigt wurde, nichts unternommen wurde, dann aber teilweise versucht wurde, politisches Kapital daraus zu schlagen. Negativ auch, daß Arbeiterorganisationen, darunter auch die Arbeiterkammer (gegen ihren Präsidenten ?), für die neue Regelung eingetreten sind.

Negativ vor allem natürlich die Sturheit mit der das MEN weiterhin glaubt, den Stein der Weisen gefunden zu haben.

Von der Konzeptlosigkeit der MEN-Leute, der Notwendigkeit unserer Aktion und den wenn auch verborgenen Erfolgen erzählen aber auch folgende Tatsachen:

- Am 20. April 1983 (!) bittet der Erziehungsminister mittels Briefes die Berufskammern, wie im Gesetz von 1979 (!) vorgesehen, die Berufe anzugeben, für die ein CCM zugelassen werden soll. Außerdem bittet er sie, über die Möglichkeit eines selbständigen CCM (ohne den Umweg über mangelnde theoretische Kenntnisse für das CAP) nachzudenken.

- Am 25. April wird in einem erneuten Brief den Berufskammern die plötzliche Erkenntnis mitgeteilt, daß der Wortlaut des großherzoglichen Reglementes es leider zulasse, daß bis zum 10./15. September sich noch Lehrlinge nach den alten Zulassungsbedingungen eintragen lassen können. Nur wird diese Möglichkeit nicht veröffentlicht.
- Erst nachdem unser Vertreter in der vom Staatssekretär im Arbeitsministerium eingesetzten Kommission für Fragen der Jugendarbeitslosigkeit den dort ebenfalls anwesenden Berufsbildungskommissar darauf hingewiesen hatte, daß es die verdamnte Pflicht des MEN sei, die Leute darüber zu informieren, erschien Ende Juli (!) eine knappe Zeitungsnotiz hierzu.

Neben den 75 Personen, Organisationen etc., die unsere Resolution mittragen, stimmen uns ebenfalls die auf der 37. Generalversammlung der AFP angenommene Resolution, die ablehnende Haltung der Handwerkerkammer (Mitteilung vom 28. Mai) sowie die Ausführungen des hauptstädtischen CSV-Politi-

kers Willy Bourg in der Gemeinderatssitzung vom 4.7.1983 ("für die meisten Kinder des Komplementarunterrichts gibt es keine schöne Zukunft ... sie stellen später einen großen Teil der jungen Arbeitslosen dar") zuversichtlich hinsichtlich der langjährigen Erkenntnis, daß das "Règlement grand-ducal" vom 11.8.1982 kein gangbarer Weg ist.

Gegen, die politischen Krisengewinnler, gegen die verräterischen Arbeiterorganisationen, gegen kleine Großmäuler und Sonstige sind wir weiterhin der Auffassung, daß hier der Zukunft der Kinder der benachteiligten Volksschichten, darunter auch der Fremdarbeiter, übel mitgespielt wird. Und daß es mit unserm christlichen Gewissen nicht vereinbar ist, dabei zuzusehen. Ohne gleich Andersdenkenden ein reines Gewissen absprechen zu wollen, appellieren wir doch an alle, die dieses Dossier lesen, ihr eigenes Gewissen, über alle politischen Strategien hinweg, zu befragen. Denn hier geht es um mehr als um politische Strategien, hier geht es um die Zukunft unserer Kinder.

Robert URBE